



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses für Bildung  
Frau Susanne Müller, MdL  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz



**DIE MINISTERIN**

Kaiser-Friedrich-Straße 1  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Poststelle@mkuem.rlp.de  
<http://www.mkuem.rlp.de>

26 Mai 2023

**Mein Aktenzeichen**

0102-0001#2023/0070-1401  
MB.0024  
Bitte immer angeben!

**Ihr Schreiben vom**

**Ansprechpartner/-in / E-Mail**

MB2-Landtag@mkuem.rlp.de

**Telefon / Fax**

(06131) 16-5394

## Sitzung des Bildungsausschusses vom 17. Mai 2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im o. g. Ausschuss wurde zu

TOP 1) KIPKI: Neue Möglichkeiten für Schulen und Kitas

Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP  
- Vorlage 18/3395 -

die schriftliche Berichterstattung zugesagt. Ich berichte daher wie folgt:

Der Antrag ergibt die Möglichkeit, die Klimaoffensive der Landesregierung und hier insbesondere das „Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation“ - kurz KIPKI - vorstellen zu dürfen.

Bevor ich zum Kern des Berichtsanliegens komme, gestatten Sie mir ein paar kurze Sätze zur thematischen Einführung:

Den Kommunen kommt eine Schlüsselrolle zum Erreichen unserer Klimaziele zu. Hier wird Klimaschutz umgesetzt.

1/5

**Verkehrsanbindung**

☺ Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. ☺ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

**Parkmöglichkeiten**

Parkplatz am Schlossplatz  
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),  
Tiefgarage am Rheinufer  
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Wir starten hier in RLP keinesfalls bei Null. Viele Kommunen haben schon eigene Erfahrungen gesammelt, Klimaschutzkonzepte aufgestellt und konkrete Maßnahmen ergriffen.

Auch hat die Energieagentur eine gute Beratungsstruktur aufgebaut und viele weitere Kommunen an die Themen Energiewende und Klimaschutz herangeführt, sie informiert, geschult und/ oder vernetzt. Viele gute Initiativen sind dabei entstanden, teils mit Strahlkraft über die Landesgrenzen hinaus (Klimapate KlikKS, Kommunales Energiemanagement, ...). Es konnten hierbei viele Fördermittel für Rheinland-Pfalz akquiriert werden.

Mit der Kommunalen Klimaoffensive werden wir das Tempo nun noch einmal merklich erhöhen. Sie ist ein Zusammenspiel aus erstens einer fokussierteren individuellen Beratung - dem kommunalen Klimapakt - und zweitens dem Programm KIPKI (kommunales Investitionsprogramm für Klimaschutz und Innovation) mit umfangreichen finanziellen Mitteln, um konkret Investitionen in Klimaschutz oder in Anpassungen an die Klimawandelfolgen zu ermöglichen.

Die Landesregierung hat in den zurückliegenden Monaten intensiv mit den kommunalen Spitzenverbänden beraten, wie wir die Kommunen in Sachen Klimaschutz noch besser unterstützen können. Dabei ist der Kommunale Klimapakt entstanden. Für den Pakt wurden Handlungsfelder zusammengetragen, bei denen die beitretenden Kommunen strukturiert Hilfestellungen erhalten.

Die Energieagentur Rheinland-Pfalz und das Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen werden fachlich intensiv und individuell begleiten. Ab dem 1. März 2023 können die Kommunen in ihren Räten den Beitritt beschließen und die Beitrittserklärung einreichen. Es sind bereits mehr als 100 Kommunen dem Kommunalem Klimapakt beigetreten.

Kommunaler Klimaschutz darf nicht am fehlenden Geld in der Gemeindekasse scheitern! Daher haben wir den Kommunalen Klimapakt mit dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) ergänzt.



250 Millionen Euro stehen als Gesamtbudget zur Verfügung. Allein 180 Millionen Euro werden unbürokratisch aus dem Haushalt des Klimaschutzministeriums pro Kopf ausgeschüttet. Für jeden Bürger und jede Bürgerin erhalten die Kommunen in Rheinland-Pfalz rund 44 Euro.

Damit können die Kommunen eigene Projekte finanzieren oder die in vielen Förderprogrammen des Bundes oder der EU verlangte Ko-Finanzierung erbringen, soweit die jeweiligen Förderprogramme dies erlauben.

Das Geld wird ohne größeren Verwaltungsaufwand ausgeschüttet: Kommunen wählen aus einer Liste von Projektvorschlägen Maßnahmen aus, die sie umsetzen wollen. Sobald sie mit der Umsetzung anfangen, fließt das Geld.

Die Maßnahmenliste ist bewusst offen und breit gestaltet: Von Investitionen in energetische Sanierung kommunaler Gebäude über Entsiegelungsprogramme für mehr Grün in Städten und Dörfern bis zu Förderprogrammen der Kommunen für ihre Bürgerinnen und Bürger zur Anschaffung von Balkonsolaranlagen.

Auch für Schulen und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sind vielfältige Investitionsmaßnahmen möglich:

- Maßnahmen zur klimaneutralen Gestaltung und energetischen Sanierung über den gesetzlichen Gebäudeenergieeffizienzstandard hinaus sowie zur Steigerung der Energieeffizienz und für eine nachhaltige Wärmeversorgung in Schulgebäuden und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung
- Förderung von Mehrkosten bei Baumaßnahmen im Bereich von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Schulen mit höheren energetischen Standards, die dazu führen, dass ein Null-Emissionsgebäude entsteht oder in einem Teilsanierungsschritt maßgebliche Voraussetzungen hierfür geschaffen werden
- Umrüstung der Innen- und Außenbeleuchtung auf energiesparende LED-Leuchten
- Errichtung und Umbau von energieeffizienten Küchen im Rahmen der Ganztagsbetreuung und von Lehrküchen



- Errichtung von neuen sowie Umbau von vorhandenen Lüftungsanlagen mit dem Ziel der Energieeinsparung (verpflichtende Wärmerückgewinnung)
- Einbau von Bewegungsmeldern für die Beleuchtung
- Maßnahmen zur Einsparung und Wiederverwendung von Trinkwasser, z. B. Bau von Regenwasserzisternen, Verwendung von Verbrauchswasser für die Toilettenspülung usw.

Speziell für Schulen und Kindergärten gibt es einige Maßnahmen, die den Schwerpunkt auf Anpassung an die Folgen des Klimawandels gelegt haben:

- Herstellung von Beschattungseinrichtungen an Fenstern (z. B. durch Rollläden, Jalousien oder andere Verschattungsvarianten)
- Herstellung von Beschattungseinrichtungen auf dem Schul-/Kitagelände
- Entsiegelung und naturnahe Gestaltung von Schulhöfen sowie Außenbereichen von Kitas
- Begrünung von Schulen oder Kitas zugehörigen Sport- und Freizeitanlagen mit heimischen und klimaresilienten Büschen und Bäumen
- Maßnahmen für die Begrünung von Dächern und Fassaden von Schulgebäuden und Kitas.

Hintergrund ist, dass für Kleinkinder als besonders vulnerable Gruppe hier die Möglichkeiten forciert werden sollen, im wahrsten Sinne des Wortes für ein gutes und verträgliches Klima zu sorgen.

Ergänzend lassen Sie mich abschließend noch ein paar Kernpunkte von KIPKI hervorheben:

Wichtig für Kommunen in schwieriger Haushaltsslage: KIPKI-finanzierte Maßnahmen fallen nicht unter die Vorbehalte der Haushaltssicherung als streichbare freiwillige Leistungen. Damit jede Kommune das passende Projekt findet, werden sie bei der Auswahl beraten werden. Für einen reibungslosen Ablauf wird für den Zeitraum des



Programms in meinem Ministerium ein eigenes KIPKI-Referat eingerichtet, das nach Abschluss wieder zurückgebaut wird. Der Antragsstart ist am 3. Juli 2023.

Die Kommunen können dann bis Ende Januar 2024 entscheiden, welche Projekte sie umsetzen. Sie erhalten mit Projektstart die beantragte Fördersumme und haben bis zum 30. Juni 2026 Zeit, die Projekte umzusetzen.

Ich möchte Sie und die Abgeordneten-Kolleginnen und –kollegen bitten, bei Ihren Kontakten in den Kommunen die Klimaoffensive entsprechend zu bewerben, sowohl für den Beitritt zum KKP als auch für die Nutzung der zur Verfügung gestellten Mittel.

Dann werden wir diesen guten großen Schritt in der Fläche machen: beim Klimaschutz und bei den immer wichtiger werdenden Anpassungen an die Klimawandelfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Katrin Eder